

DER MALER

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Anz. 4 M. vierteljähr. Schriftl. u. Geschäfte: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Spzr.: 44 28 86. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11588
46. Jahrgang Hamburg, 28. Mai 1932 Nummer 22

Neue Lohnverhandlungen für das Reichstarifgebiet

Es wurde schon im „Maler“ Nr. 19 darauf hingewiesen, daß sich unsere Organisationsvertreter nach dem Scheitern der Lohnverhandlungen am 18. und 19. April sofort um einen amtlichen Schlichter bemühten. Als solcher wurde dann der amtliche Schlichter für Pommern, Herr Regierungsrat Eincauser, Stettin, ernannt. Dieser beräumte die Parteiverhandlungen zum 12. Mai nach dem Reichsarbeitsministerium in Berlin an. Es war von vornherein in Aussicht genommen, anschließend an die Parteiverhandlungen, von denen man wußte, daß sie kaum zum Ziele führen würden, die Schlichterkammer zu bilden, und wenn sich auch hier die Parteien nicht einigten, einen Schiedspruch fällen zu lassen.

Die Verhandlungen haben dann, wie im „Maler“ Nr. 21 kurz mitgeteilt wurde, an den in Aussicht genommenen Tagen stattgefunden. Satten sich schon bei den Verhandlungen im April große, gegensätzliche Auffassungen gezeigt, so noch mehr bei den diesmaligen Auseinandersetzungen. Die Arbeitgeber hatten mit ihren in vielen Fällen oftmals rigorosen Lohnabbaumaßnahmen eine Atmosphäre geschaffen, die unbedingt zu scharfen Spannungen führen mußte. So hatte der Schlichter einen schweren Stand, es muß aber anerkannt werden, daß er sich rechtlich bemühte, die Parteien einander näher zu bringen. Bei dem Verhalten der Arbeitgeber auf einen Lohnabbau von 20 bis 40 % waren allerdings alle Versuche nach dieser Richtung hin vergebens. Die Arbeitgeber wollten diesmal, die katastrophale Lage im Malergewerbe benutzend, unbedingt ihren Willen durchsetzen und den teils ungeheuerlich weitgehenden Forderungen der Ortsgruppen des Reichsbundes bzw. der Malerinnungen auf Senkung der Löhne Rechnung tragen. Dafür waren aber nicht nur wirtschaftliche oder gewerbliche, sondern ebenso, wenn nicht noch mehr, organisationspolitische Gründe maßgebend.

Bei der Sturheit, mit der die Arbeitgeber ihr Ziel verfolgen, konnten die überzeugenden Ausführungen unserer Vertreter, besonders des Kollegen Baz, keine Aenderung der Lage herbeiführen. Was konnte es noch nützen, wenn er den Vertretern des Reichsbundes vorrechnete, wie sehr der bisherige Lohnabbau schon die Lebenslage der Kollegen ungünstig beeinflusste? Daß die Mitglieder des Reichsbundes ja oftmals gar nicht den Anweisungen der Reichsbundleitung gefolgt seien, weil auch sie das Gefühl hatten und haben mußten, daß die Reichsbundleitung mit ihren Forderungen bzw. Richtlinien und Anweisungen auf den Abbau der Löhne weit übers Ziel hinausgeschossen hätte. Auf keinen Fall könne von überhöhten Löhnen im Malergewerbe die Rede sein. Das Verhalten der Reichsbundleitung bei den jetzigen Lohnunterschieden werde sicher unangenehme Folgen in bezug auf den Tarifgedanken zeitigen. Alle Momente, die für angemessene Löhne im Malergewerbe in Betracht kommen, wurden aufgeführt, so die Vielseitigkeit der Arbeit, die Notwendigkeit, daß der Gehilfe selbständig arbeiten kann, besonders bei Privatarbeiten größere Aufwendungen für Kleidung machen und unbedingt vertrauenswürdig sein muß. Auch die meist weiten und sich dauernd verändernden Wege zur Arbeitsstelle gegenüber andern Arbeiterkategorien mit einem festen Arbeitsplatz, die verteuert auf den Lebensunterhalt wirken, wurden erwähnt. Dazu komme die ungeheure Arbeitslosigkeit im Malergewerbe, so daß der Stundenlohn für den einzelnen Kollegen kaum noch von Bedeutung in bezug auf sein Jahreseinkommen sei. Es müsse auch bedacht werden, daß es sich doch nicht nur um ein Jonglieren mit Zahlen handle, sondern um Menschenschicksale. Im übrigen seien seit der Vorkriegszeit so weitgehende Veränderungen auf allen Gebieten erfolgt, man brauche nur an die Vergrößerungen der Lohngebiete, die für die Gehilfen den Fortfall des Fahrgeldes bzw. der Aufwandsentschädigung mit sich brachte, zu erinnern, um zu beweisen, daß es völlig unmöglich sei, die jetzigen Löhne auf die Löhne von 1914 aufzubauen.

Gegenüber dem Hinweis der Arbeitgeber von der Schiedsgerichtsbarkeit zwischen Meister und Gehilfe müsse darauf hingewiesen werden, daß dann die erlassenen Diktate für die Lohnhöhe um so mehr zu verurteilen seien. Von Seiten der Gehilfenvertreter sei der Wille zum Arbeitsfrieden genügend deutlich betont worden, auch habe man die Wege gewiesen, um den Lohnstreit zu bereinigen, bei der Gegenseite aber habe jeder Verständigungswille gefehlt.

Wie richtig unsere Auffassung war, hat dann der weitere Verlauf der Verhandlungen bewiesen. Die Vertreter des Reichsbundes ließen alle Mienen springen, um

Fest vereint - im Verband!

Ein Element des Erfolges

besitzen die Arbeiter:

Ihre große Zahl

Aber die Masse fällt nur in die Waagschale, wenn eine Organisation sie zusammenfaßt und Wissen sie leitet.

(Karl Marx: Die Inauguraladresse)

den Schlichter von der Notwendigkeit eines Lohnabbaues zwischen 20 und 40 % zu überzeugen. Als Grundlage für die neuen Löhne kämen nur die Friedenslöhne in Frage. Alle schon früher gehörten, aber durch die Wiederholung nicht richtiger geordneten Argumente, mußten wieder zur Begründung ihres Standpunktes herhalten. Sie führen die große Arbeitslosigkeit im Malergewerbe auf die zu hohen Löhne zurück, trotzdem ihnen immer wieder nachgewiesen werden konnte, daß selbst jene Meister, die ihre Arbeiten zu Friedenspreisen anbieten, keine Aufträge haben. Manchmal wurde von wirtschaftlich tragbaren, dann von gerechten bzw. sozial gerechten Löhnen gesprochen. Nach den Anweisungen der Reichsbundleitung werde zur Zeit der Friedenslohn plus Index bezahlt. Es müßte auch die gleiche Relation wie in der Vorkriegszeit wieder zwischen den Löhnen der Maurer und Maler hergestellt werden. Die Meister stünden sich oft schlechter als die Gehilfen. Von einer Überfüllung des Malergewerbes mit Arbeitskräften könne eigentlich nur auf Grund der anormalen Wirtschaftsverhältnisse gesprochen werden. Vor dem Kriege seien noch 10 000 Ausländer im deutschen Malergewerbe beschäftigt worden. Industrie, Landwirtschaft und Hausbesitzer erklären, so wurde behauptet, daß die Löhne im Malergewerbe zu hoch sind und sie deshalb entweder keine Malerarbeiten ausführen lassen oder Regiebetriebe einrichten. Tatsächlich stünde der Tariflohn auch nur noch auf dem Papier. Vielleicht könne in Anbetracht der Notzeit noch nicht einmal von der Durchführung der an sich sozial gerechten Löhne die Rede sein. Man müsse dahin kommen, für die jetzigen Verhältnisse tragbare Löhne festzulegen, die, nachdem die Gehilfenvertreter die Forderungen und Angebote der Arbeitgeber ablehnen, vom amtlichen Schlichter gefunden werden müßten. Es müsse wieder ein Anreiz geschaffen werden, Gelder in der Bauwirtschaft anzulegen, dann würde auch die Arbeitslosigkeit eingebremst werden können. Vor allem seien Ausgleichs für einzelne Orte notwendig.

Von den Landesverbandsvertretern kam eine größere Zahl zum Wort, die zum Teil recht starke Worte gebrauchten, im allgemeinen aber nichts Neues vortrugen. Erwähnt werden soll aber, daß Herr Dahlinger zugab, die von uns beanstandete Bemerkung, daß man versuchen müsse, zu einem möglichst lange dauernden tariflosen Zustand zu kommen, gemacht zu haben. Interessant ist viel-

leicht noch der Arbeitgeber Eingeständnis, daß sie gar nicht daran denken, nun gleich auf Grund der gesunkenen Löhne auch die Preise, vor allem auch bei Behörden usw., zu senken. Sie wollen, daß ging deutlich aus ihren Ausführungen hervor, bei dieser Lohnregelung ein möglichst gutes Geschäft machen, wobei sich manche strupellos über die Interessen der Gehilfen und auch der Auftraggeber hinwegsetzen.

Nachdem in stundenlangen Verhandlungen die beiderseitigen Organisationsvertreter alle Momente, die zur Beleuchtung ihrer Standpunkte beitragen konnten, vorgebracht hatten, schlug der Schlichter vor, die Verhandlungen im kleinen Kreise fortzusetzen. An ihnen nahmen als Vertreter der Arbeitgeber die Herren Kruse, Berlin, Hansen, Hamburg, und Dahlinger, Dresden, teil; von Seiten der Gehilfenvertreter Kollege Baz, Ruch und der Vertreter des christlichen Malerverbandes Berghoff. Außerdem waren Herr Schulz für die Arbeitgeber und Kollege Mehrens für unsere Organisation als Schriftführer anwesend.

Noch einmal begann ein zäher Kampf um die kommende Lohnhöhe. Die Arbeitgebervertreter aber waren auch jetzt noch nicht geneigt, die geringsten Zugeständnisse zu machen. So blieb dem Schlichter nach erfolglosen Verhandlungen nichts anderes übrig, als vorzuschlagen, die Verhandlungen abzubrechen und am andern Tage fortzusetzen. Trotzdem am Freitag zuerst auch von den Arbeitgebervertretern etwas ernsthafter verhandelt wurde, kam es doch in keinem Fall zu einem annehmbaren Ergebnis. Nachdem der Schlichter auch diesen letzten Versuch zur Einigung der Parteien als gescheitert ansehen mußte, fällte er in der gebildeten Schlichterkammer folgenden Schiedspruch:

Schiedspruch.

I. Die bis zum 30. April 1932 geltenden Löhne werden um 16 % gekürzt. Die Umrechnung der Löhne auf die jetzige Basis soll derart erfolgen, daß 15 % nicht unter- und 17 % nicht überschritten werden. Bei der Berechnung der Löhne ist der Betrag bis 0,5 \mathcal{L} einschließlich nach unten, der Betrag über 0,5 \mathcal{L} nach oben abzurunden.

II. Sollte es den Parteien nicht gelingen, in freier Verständigung die Umrechnung bis zum 20. Mai 1932 vorzunehmen, so soll hierüber noch einmal geschlichtet werden.

III. Die während des tariflosen Zustandes eingetretenen Arbeitseinstellungen und -ausperrungen gelten nicht als Arbeitsunterbrechung.

IV. Die neue Lohnregelung ist mit Monatsfrist, erstmalig zum 28. Februar 1933, kündbar. Die Parteien haben sich über Annahme und Ablehnung des Schiedspruches bis zum 21. Mai 1932 dem Schlichter, Regierungsrat Eincauser, Stettin, Regierung, zu erklären.

Da der Schlichter den Wünschen der Arbeitgeber insofern Rechnung trug, als er für die Lohnfestsetzung in den einzelnen Orten eine Spanne von 2 % ließ, wäre es notwendig gewesen, zwischen den beiderseitigen Vertretern die Löhne ziffernmäßig für den einzelnen Ort festzulegen. Der Versuch dazu aber scheiterte an dem bornierten Verhalten der Arbeitgeber, die von uns schon vor der allgemeinen Umrechnung Zugeständnisse über den Schiedspruch hinaus verlangten. Herr Riedmaier, München, erklärte bei dieser Gelegenheit, für ihn komme die Annahme des Schiedspruches überhaupt nicht in Frage. Pathetisch rief er aus: „Wer ein Herz in der Brust hat, der lehnt den Schiedspruch ab!“ Unter diesen Umständen mußte auf eine Umrechnung der Löhne verzichtet werden. Es muß sich nun zeigen, ob die Arbeitgeber draußen ebensowenig einsichtsvoll sind. — Es scheint, als wenn die Maßgebenden im Reichsbund diesmal jedes Augenmaß für eine beide Teile tragbare Lösung des Lohnproblems verloren hätten.

Eine wichtige Tagung des Verbandsbeirates

Der Verbandsbeirat, der am 19. und 20. Mai zum zweiten Male seit der Breslauer Generalversammlung in Hamburg tagte, hatte zu ersten Fragen Stellung zu nehmen. Die Situation erforderte gründliche Überprüfung der Organisationsarbeit und Eingehen auf die durch die ungeheure Arbeitslosigkeit im Maler- und Lackierergewerbe und damit verminderten Einnahmen erforderlichen, teils schon vom Verbandsvorstand durchgeführten Sparmaßnahmen. Die wichtigste Aufgabe des Verbandsbeirates aber war die Stellungnahme zu dem vom amtlichen Schlichter, Regierungsrat Eincauser, Ertettin, gefällten Lohnschiebspruch für das Reichstatarifgebiet, über dessen Zustandekommen im Leitartikel Näheres gesagt ist. Es kann schon an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß die Beratungen im Verbandsbeirat äußerst sachlich waren und an den Ausführungen aller Mitglieder des Beirates erkannt werden konnte, daß sie sich der großen Verantwortung gegenüber der Gesamtmemberschaft bewußt waren. Erfreulich war der trotz allem bei den Kollegen bestehende Optimismus, daß es gelingen wird, die Organisation auch über die schwere Zeit jederzeit aktionsfähig zu erhalten.

Nach einigen Begrüßungsworten durch den Verbandsvorsitzenden, Kollegen Bag, erinnerte dieser an die bedauerlichen Verluste, die die Arbeiterschaft in den letzten Monaten durch das Hinscheiden der Genossen Kube, Kassierer im AOB, Ambricit, Schriftleiter der „Gewerkschaftszeitung“, des französischen Außenministers Briand als Friedensfreund und Thomas, Sekretär des Internationalen Arbeitsamtes, erlitten hat. Ihr Andenken wurde in der üblichen Weise geehrt.

Kollege Bag gab dann einen sehr instruktiven Bericht über den Stand der Organisation. Er führte unter anderem aus: Seit der letzten Beiratstagung hat die Wirtschaftslage eine außerordentliche Verschärfung erfahren. Die Zahl der Arbeitslosen ist ungeheuer gestiegen, die Not in breiten Schichten der Arbeiterschaft bis ins Unerträgliche gewachsen. Auf Grund der schlechten Finanzen sah sich die Reichsregierung zu scharfen Eingriffen auf sozialpolitischem Gebiete veranlaßt. Dies geschah besonders auch durch die vierte Notverordnung, die neben andern teils tief einschneidenden Maßnahmen auch solche auf dem Gebiete der Preis- und Zinsenkung, der Wohnungswirtschaft, der Sozialversicherung und der Löhne und Gehälter der Angestellten und Arbeiter vorsah.

Danach sollten die Löhne im allgemeinen vom 1. Januar 1932 an auf den Stand vom 10. Januar 1927 gesenkt werden. Praktisch kam so auch in unserm Gewerbe oft eine Senkung der Löhne auf den Stand von 1925 in Frage, da es 1926 keine Lohnerhöhung gab. Trotzdem die Regierung sich bemühte und sogar einen besonderen Kommissar mit dieser Aufgabe betraute, ist es nicht gelungen, die Preise im gleichen Umfange wie die Löhne zu senken.

Da die Arbeitsbeschaffung als das wichtigste Problem der Jetztzeit angesprochen werden muß, ist es verständlich, daß darüber welche Pläne geschmiedet werden. Zu erwähnen sind der Waagemann-Plan, der W.-L.-S. (Wolff-Plan-Sarnow-Baabe-) Plan, dem die Gewerkschaften nähersehen, der Lederer-Plan, die Pläne des Reichswirtschaftsrates und jener, den der Reichsbankpräsident Luther vorgeschlagen hat. Die Gewerkschaften haben gelegentlich des Krisenkongresses konkrete Vorschläge gemacht, auch die Sozialdemokratische Partei stellte im Reichstag entsprechende Anträge. Die Durchführung all dieser Pläne scheiterte bisher immer wieder an der Unmöglichkeit ihrer Finanzierung, ohne die Gefahr einer neuen Inflation. Zur Zeit hat die preussische Regierung vor, große Siedlungsprojekte zu verwirklichen, die aber ebensoviele wie die Stadtrandneubauungen völlig befriedigende Resultate zeitigen werden. Vielleicht wird auch der Erlaß des Reichsarbeitsministers Stegerwald in bezug auf Steuererleichterungen für die Hausbesitzer, wenn sie Reparaturen ausführen lassen, dazu beitragen, für das Baugewerbe insgesamt und auch für

unsere Kollegen vermehrte Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Eine wirkliche Besserung der Lage aber wird nur eintreten, wenn außerpolitisch eine Verständigung erzielt ist. Außerdem muß die 40-Stunden-Woche endlich zur Durchführung kommen. Leider läßt der Referentenentwurf vermuten, daß das Malergewerbe dafür nicht in Betracht kommt.

Daß die Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe so besonders traffe Formen angenommen hat, erklärt sich aus der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage, dem Zunehmen der Kleinmeister und besonders der Lehrlingshaltung. Hinzu kommt das fast völlige Stillliegen des Baugewerbes.

Die Mitgliederbewegung ist verhältnismäßig befrriedigend. Es wurden am Schlusse des Jahres 1929 60 377, 1930 57 894, 1931 51 562 Mitglieder gezählt. Die Zahl der Inbustriekollegen hat aus natürlichen Gründen gegenüber den ersten Jahren der Nachkriegszeit abgenommen. Weniger plausibel ist der verhältnismäßig große Rückgang an Lehrlingsmitgliedern, wenn dafür auch manche beachtliche Gründe vorhanden sind, so besonders, daß keine Gehilfen mehr in der Werkstätte arbeiten, die als Werber auftreten können. Dennoch muß ernstlich geprüft werden, wie es möglich ist, der Organisation mehr Lehrlinge zuzuführen. Die gleiche Entwicklung wie bei uns zeigt sich in den andern Verbänden und auch in den gegnerischen Organisationen.

Zur Behebung der Werbearbeit sollen in der Woche vom 29. Mai bis 5. Juni 1932 Versammlungen durchgeführt werden. Es erscheint weiter eine Lehrlingsbroschüre; dann ist ein Preisaus schreiben erfolgt, um die Werbearbeit unter den Lehrlingen anzuregen, die Verbandsorgane erschienen als besondere Werbenummern, und außerdem plant der Vorstand, später Gauwimpel und einen Reichswimpel für die Jugendgruppen zu schaffen.

Weniger günstig ist die finanzielle Lage des Verbandes. Deshalb waren die Sparmaßnahmen des Vorstandes unbedingt erforderlich. Leider konnte auch die Bildungsarbeit nicht in früherem Maße durchgeführt werden, trotzdem der Verbandsvorstand sie für sehr bringend hält. Die AOB hat in unserm Verband keine Bedeutung.

In der Maler-Internationale ist an Stelle des wegen Arbeitsüberlastung zurückgetretenen Kollegen Streine, Kollege Bag als Vorsitzender getreten. Kollege Mehrens wurde an die Stelle des Kollegen Mart als Schriftführer in das Internationale Sekretariat gewählt.

Die Debatte zu diesem Punkte war recht umfangreich; insgesamt kamen 11 Kollegen zum Wort. Allgemein wurde anerkannt, daß der Verbandsvorstand versucht hat, das Interesse der Kollegen, soweit es unter den heutigen schwierigen Verhältnissen möglich ist, zu wahren. Mit allen Kräften müsse versucht werden, das von den Gewerkschaften aufgestellte Arbeitsbeschaffungsprogramm zu verwirklichen. Die Einführung der 40-Stunden-Woche sei eine unbedingte Notwendigkeit, um wenigstens eifert Bruchteil der Arbeitslosen die Möglichkeit zu geben, wieder in Arbeit zu kommen. Das „Fachblatt“ zeige nach wie vor eine bedeutsame Höhe, es sei nur zu wünschen, daß es von allen Kollegen erkannt werde. Bedauerlich sei die Einschränkung, die beim „Maler“ vorgenommen wurde, er müsse, wenn irgendwie vertretbar, öfter achtsichtig erscheinen. Einen sehr breiten Raum in den Erörterungen nahm die Lehrlingsfrage ein. Sicher sei im letzten Jahre eine Einschränkung in der Lehrlingshaltung erfolgt, aber sie genüge im allgemeinen nicht. Es müsse dahin gestrebt werden, daß nur Meister, die nachweisbar an 300 Arbeitstagen im Jahre einen Gehilfen beschäftigten, einen Lehrling halten dürften, nicht aber Arbeitgeber, die nur mit Lehrlingen arbeiten. In einigen Gegenden Deutschlands gehe man mehr und mehr dazu über, die Lehrlinge aussetzen zu lassen, wogegen scharf Stellung genommen werden mußte. Leider sei auch die Haltung der Arbeitsgerichte in dieser Frage recht unterschiedlich. Es sei auch zu überlegen, ob nicht eine andere

Beitragsregelung für die Lehrlinge möglich sei. Wichtig sei die Tätigkeit der Gesellenauschussmitglieder, für deren beständige Schulung Sorge getragen werden müsse.

Der Reichsjugendleiter, Kollege Barisch, setzte sich dann näher mit der Lehrlingsfrage auseinander und betonte besonders, daß der Werbearbeit unter den Lehrlingen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Auch sei angestrebt zu werden zwischen Füllverwaltung und Gesellenauschussmitgliedern enger zusammen zu rücken. Bei den Bestrebungen auf Herabsetzung der Entschädigungssätze seitens der Innungen und Handwerkskammern, darf der Gesellenauschuss nicht ausgeschaltet werden. Der beruflichen Erhaltung der Jugend kommt mehr als je Bedeutung zu. Im Rahmen dieser Aufgabe haben unsere eigenen Berufserleichterungsbestrebungen großen Wert. Die besten Kollegen müssen überall dazu herangezogen werden.

Vom Kollegen Mehrens wurde darauf hingewiesen, daß der Verbandsvorstand die Einschränkung des „Maler“ nur sehr ungern vorgenommen hat, nachdem festgestellt, daß sich manche Kollegen keine Tageszeitung mehr halten können, und die Zeitung das beste Bindeglied zwischen Vorstand und Mitglieder sei. Aber es handle sich dabei um eine Finanzfrage. Auch alle andern Gewerkschaften hätten ihre Zeitungen einschränken müssen. Vor der 14tägigen Herausgabe des „Maler“ müsse gewarnt werden. Würden sich die Verhältnisse bessern, werde auch „Der Maler“ wieder öfter achtsichtig erscheinen. In bestimmten Abständen, etwa alle 4 bis 6 Wochen geschehe es aber auch jetzt.

In dem ausgiebigen Schlusswort ging Kollege Bag noch einmal ausführlich auf alle in der Debatte berührten Punkte ein. Der Glaube an die Richtigkeit des heute herrschenden kapitalistischen Systems werde mehr und mehr erschüttert, auch in Kreisen, in denen früher niemand daran dachte, daß es noch eine bessere Gesellschaftsordnung geben könne. Der Lehrlingsfrage werde auch weiterhin stärkste Aufmerksamkeit geschenkt. Ein Abbau des Abonnementspreises für das „Fachblatt“ sei aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Den Verschlechterungsbestrebungen gewisser Kreise in der Sozialversicherung würden sich die Gewerkschaften entgegenstellen. Stegerwalds Erlaß zur Arbeitsbeschaffung müsse besonders den Füllverwaltungen Anlaß geben, den Versuch zu machen, ihn praktisch auszuwerten.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung gab Kollege Bag einen ausführlichen Bericht über die Gestaltung der Lohnverhältnisse seit der letzten Beiratstagung für die drei großen Lohngebiete Rheinland-Westfalen, Schlesien und das übrige Deutschland, für das der Reichsbund des deutschen Maler- und Lackierhandwerks zuständig ist. In den drei Gebieten erfolgte im Frühjahr 1931 ein Lohnabbau von 10%. Die neuen Löhne sollten Gültigkeit haben bis zum Frühjahr 1932. Die 4. Notverordnung aber ordnete an, daß alle Tarife und Lohnabkommen zum 31. Dezember 1931 zum Ablauf kamen. Damit ergab sich auch für unser Gewerbe die Notwendigkeit zu neuen Verhandlungen. Mit dem Reichsbund wurde erstmalig am 17. Dezember 1931 verhandelt. Dabei wurde festgelegt, daß der Reichstatarifvertrag mit einer kleinen Minderung in bezug auf die Mehraufwandsentschädigung weiterlaufen soll. Es bestand auch Aussicht, mit dem Reichsbund zu einer Einigung über die neuen Löhne zu kommen, für die die Bestimmungen der Notverordnung, Senkung um 15% oder auf die Höhe vom 10. Januar 1927, Richtschnur waren. Die Absicht ging dahin, das Reichstatarifamt unter Vorsitz von Regierungsrat Dr. Dobberstein am 29. Dezember endgültig über die neuen Löhne entscheiden zu lassen, wie es auch bei früheren Anlässen stets geschah.

Die Reichsbundleitung aber benutzte kleine Instimmigkeiten, um von sich aus einen amtlichen Schlichter zu bestellen. Dieser, Regierungsrat Dr. Oberstein, setzte den Verhandlungstermin zum 8. Januar 1932 an. Da der Reichsbund von uns für eine größere Anzahl wichtiger Orte und Lohngebiete Zugeständnisse über die Notverordnung hinaus verlangte, ohne seinerseits Zugeständnisse zu machen, mußten wir jedes Entgegenkommen zurückweisen. Der Schlichter konnte unter diesen Umständen nichts anderes tun, als die Bestim-

Der Meister Mar!

Es hat bei den Meistern und zwischen den Gehilfen schon immer „Originale“ gegeben. Von solchen ist in Folgendem die Rede. (Schriftleitung.)

Mar hieß er, war Meister — Junggeheile — ein jovialer Kerl und liebte alle Getränke, die stark mit Alkohol durchsetzt waren. Er liebte auch alle kleinen Mädel, so zwischen 16 und 60 Jahren, das heißt, eben alles, was einem weiblichen Geschöpf ähnlich sah, trotzdem es mit ihm schon auf die Fünfzig ging. Einmal habe ich ihn besucht. Und das war, als ich meine Fleppen bekam. Es war ein amüsanter Abschied. In seiner Bude sah es aus, wie es eben so bei zünftigen Junggeheilen der Fall ist. Seine gesamte Buchführung bestand aus einem Haufen loser ungeordneter Blätter, die hatte er mitsamt der Kriegskasse in einer Zigarettenkiste verwahrt und diese wieder schob er nach getaner Arbeit mit einem Futritt an ihren Bestimmungsort, nämlich unter das Bett. Dabei machte er sein gutmütiges Gesicht und schimpfte wie ein Kohnspatz über die Echerreien, die ein Meister der neuen Zeit mit den sozialen Bestimmungen hat.

Von der Arbeit hielt er nicht viel, weil er selbst mit ihr nicht auf vertrautem Fuße stand. Aber er war „gut“, denn er zahlte pünktlich. Nur eins ließ er sich nicht nehmen. Wenn wir Decken und Wände durchgestrichelt hatten, dann kam er mit Pinsel und Strichzieher und zog die Wände ab. Aber auch nur die über den Küchensockeln. Die Wandabschlüsse in den Zimmern verschmähte er, denn da mußte er seinen Korpus auf eine Leiter heben. Das bedeutete für ihn allerlei körperliche Anstrengung, die er lieber im Anbetracht der Nacharbeit in Kniepen und verwandten Tätigkeiten unterließ. Es genügte aber auch schon, daß er sich an den Küchen vergreift, denn die Abschlüsse hatte ein Lehrling im zweiten Lehrjahre besser

Eines Tages, es war im Spätsommer, Hochbetrieb herrschte im Gewerbe — wir hatten drei nebeneinanderliegende Neubauten in Arbeit — da bekam Mar einen Rüssel von der Bauleitung. Es ginge nicht schnell genug mit den Malerarbeiten, es wären zu wenig Leute da. Mar schmiss Verdammt, wo die hernehmen. Auf dem Arbeitsamt war so gut wie gar nichts mehr, und annonciieren, das wäre zu spät gewesen. Also ging er doch zum Arbeitsnachweis. Es dauerte auch nicht lange, da sahen wir ihn mit einer Mannschaft anrücken.

Noch die Stirne des „Alten“ war bewölkt, also war da nichts Gutes im Anzuge. Im Gänsemarsch kam die Karawane heran, das letzte Aufgebot der „Alfa“ (private Abfertigung für „Universität für Arbeitslose“). Einer ging lahm, dem Zweiten fehlten einige Finger und der Dritte wackelte mit allen Knochen, mit den Rinnbäden extra. Es waren tatsächlich die letzten Leute, die auf dem Arbeitsamt verblieben waren. Mar war nun dazu außersehen worden, diesen Kollegen finanziell wieder etwas auf die Beine zu helfen. Mit Schimpfen und Murren kam er angerückt und nach längeren Beratungen mit dem Vorarbeiter hatte er die ersten beiden auf ihre Posten gestellt. Aber mit dem „Zittermensch“ mußte er nichts anzufangen. Den konnte er auf keine Leiter schicken und ihm auch keinen Strichzieher in die Pfote drücken, damit wäre er verehbt. Nachdem er nochmals unter Herbeizügung aller Geister der Unter- und Oberwelt jede Möglichkeit erwogen hatte, drückte er ihm einen Nennigetopf und einen Pinsel in die Hand, führte ihn zum Balkon in der ersten Etage und ließ ihn das Gitter streichen. Ausdrücklich kündigte er ihm noch an, ja nicht seinen Posten zu verlassen. Dann suchte er sein Krämchen und verschwand im dritten Stock, um die in diesem Hause fertig gewordenen Küchensockel mit einem Band zu schmücken.

Nun waren aber an den Korridortüren noch keine Klappen angebracht und jeder Kollege hatte daher einen Sperrhafen in der Tasche, um die Türen öffnen zu können.

Anser Alter dachte aber nicht daran. Er fand eine Tür offen und trat ein. Da es ihm in der Küche zu warm war, öffnete er die Balkontür. Durch den Luftzug schlug aber die Korridortür zu, so daß wir es unten knallen hörten. Nach einer guten Viertelstunde hören wir oben ein Rumoren und dann die Stimme des Alten: „Hiesel!“ — „Hiesel!“ Kollege Hiesel, eine getreue Kopie seines Herrn und langjähriges Faktotum, grüßte von einem Ohr zum andern: „Der Alte kann nicht raus — laß ihn man.“ Oben verstärkte sich der Krach. Die andern Kollegen arbeiteten in den nächsten beiden Häusern, so daß ihm von der Seite keine Hilfe werden konnte. Oben noch stärkerer Lärm! Nun hämmerte Mar mit seinen Särensäufen gegen die Tür. Wir aber verhielten uns mäusehinstill, freuten uns, daß der Alte in der Falle saß und warteten auf das Weitere. „Laß ihn man“, meinte Hiesel, „er sitzt da hoch und trocken, und bis Feierabend ist noch lange hin!“ Oben ging das Schimpfen in Gejammer über, dann trat auf einmal Ruhe ein. „Komm“, sprach Hiesel, „laß uns rausgehen, zum anderen Bau, dann kann werden, was will.“

Vor der nächsten Tür angelangt, sehen wir zurück. Auf dem Balkon hängt der „Zittermensch“ über dem Bitter und teert darauf los, daß die Nennige spritzt. Oben auf dem dritten Stock steht Mar und brüllt in die Tiefe: „Sie! He! Sie da unten, kommen Sie mal raus und machen Sie die Tür auf!“ Anser Zittermensch aber rührt sich nicht und streicht ruhig weiter. Jetzt wird aber der Alte wütend und fängt an, ganz unverschämte zu brüllen. Da spricht der Zittermensch, ohne auch nur den Kopf zu wenden: „S-i-i-i-i-b-d-b-darf h-h-hier n-nicht f-f-fortgehen, d-d-d-der M-m-meister h-h-hat's v-v-v-verboden.“ Mit unserer Selbstbeherrschung war's nun vorbei. Wir lachten Tränen. Kollege Hiesel aber jammerte es nun doch, er faufte die Treppe hinauf und erlöste den Alten mit Hilfe seines Sperrhafens.

mungen der Notverordnung zur Durchführung zu bringen, was bedeutete, daß in den größeren Orten unseres Verbandsbereiches ein Lohnabbau von etwa 6 bis 8 % erfolgte, in den kleineren allerdings, in denen am 10. Januar 1927 keine Tarifföhne bestanden, ein Abbau von 15 %. Die neuen Löhne sollten Geltung haben bis zum 30. April 1932. — Uebnlich verliefen die Verhandlungen für Rheinland-Westfalen und für Schlesien.

Der Reichsbund sowohl als der Rheinisch-westfälische Malerinnungsverband und der Schlesiische Malerbund haben dann das Lohnabkommen rechtzeitig zum Ablauftermin gekündigt. Gefordert wurden erneute Lohnherabsetzungen von 20 bis 40 %. Ueber den weiteren Gang der Verhandlungen ist im „Maler“ berichtet worden (siehe auch den Leitartikel in dieser Nummer), so daß darauf hier nicht näher eingegangen werden braucht. Kollege Bas hat die Kollegen am Schlusse seiner Ausführungen, nüchtern und leidenschaftslos das Ergebnis der diesmaligen Verhandlungen — ein weiterer Abbau der Löhne um 16 % — zu würdigen. In einer Entschlieung sollte der Wille des Verbandsbeirats zum Ausdruck kommen.

Wie zu erwarten, setzte eine rege Diskussion zu dieser Frage ein. Mit scharfen Worten wurde das rigorose Vorgehen der Arbeitgeber gezeißelt, die die jetzt für sie günstige Gelegenheit zu einem unerhörten Lohnabbau benutzen möchten. Die Arbeitgeber hätten sich aber davon überzeugen können, daß sich die Kollegen trotz der trostlosen Verhältnisse, in denen sie leben, noch ihrer Haut zu wehren wissen. Es verdiene hervorgehoben zu werden, daß die Kollegen im allgemeinen die Unterschrift der von den Arbeitgebern vorgelegten Reversse ablehnten. Bei dieser Gelegenheit habe sich gezeigt, daß die RGO-Leute oftmals weniger standhaft waren. Nur unter den heutigen katastrophalen Verhältnissen könne man, wenn auch schweren Herzens, der vorgelegten Entschlieung zustimmen.

Nachdem Kollege Bas in seinem Schlußwort auf alle in den Debatten aufgeworfenen Fragen eingegangen war und den Kollegen im Lande für ihre Standhaftigkeit und Ueberzeugungstreue den Dank ausgesprochen hatte, wurde die folgende Entschlieung angenommen:

Entschlieung.

Der Beirat des Verbandes der Maler, Lackierer usw. Deutschlands, hat in seiner Sitzung am 19. und 20. Mai in Hamburg von dem Ergebnis der amtlichen Schlichtung im Lohnstreit für das Reichsterritorium des deutschen Malergewerbes Kenntnis genommen. Er sieht in dem Schiedspruch vom 13. Mai eine weitere außerordentliche Belastung der ohnehin in bebrängtester Lage sich befindenden Arbeitnehmer des Malerberufes und ein Entgegenkommen an die Bestrebungen des sich infolge der ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit besonders stark fühlenden Unternehmertums.

Der Verantwortung voll bewußt, sieht sich der Beirat in Anbetracht der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und unter dem Druck einer Arbeitslosigkeit, von der gegenwärtig immer noch mehr als 75 % der berufstätigen Arbeitnehmer betroffen sind, veranlaßt, den Schiedspruch anzunehmen und gegebenenfalls die Verbindlichkeitsklärung zu betreiben. Der Beirat spricht der Verhandlungskommission sein Vertrauen und der Kollegen für die geschlossene Abwehr der brutalen Maßnahmen des Unternehmertums zu einseitigem Lohnabbau seine Anerkennung aus. Er beauftragt den Verbandsvorstand, die Mitglieder der Organisation gründlich über den Willen der Arbeitgeber auf Herbeiführung eines tariflosen Zustandes im Malergewerbe und über die einzelnen Phasen in diesem, durch Nachdruck vom Lohn gebrochenen Lohnkampf, aufzuklären. — Der Beirat verpflichtet alle Funktionäre und Mitglieder, unverwandelt eine gesteigerte Agitation unter allen der Organisation noch fernstehenden Berufskollegen zu entfalten und durch Ausbau unseres Verbandes die Basis zu schaffen, die den Arbeitnehmern die gefährdete Gleichberechtigung im Wirtschaftskampfe wieder gewährleistet.

Darauf ging der Hauptkassierer, Kollege Ringel, in längeren Ausführungen auf die Massenverhältnisse der Organisation ein. An Hand eines großen Zahlenmaterials bewies er, daß sich die große Arbeitslosigkeit, von der die Kollegen betroffen wurden, auch ungünstig auf die Massenverhältnisse ausgewirkt habe, denn die Unterstützungssummen seien in den letzten Jahren nicht geringer geworden. Trotzdem schlage der Verbandsvorstand keine allgemeine Herabsetzung der Unterstützungssätze, wie sie schon in andern Organisationen erfolgt sei, vor, sondern nur bei der Invalidenunterstützung, und zwar um ein Drittel. Von einem Anrecht gegen die Invaliden könne keine Rede sein, denn die Festsetzung der Unterstützungssätze bei der Schaffung der Invalidenunterstützung geschah unter ganz andern Voraussetzungen.

Daß ein Abbau erforderlich sei, zeige die Tatsache, daß im letzten Quartal schon 11.000 M mehr für die Invalidenunterstützung ausgegeben wurde, als für sie an Beiträgen hereinkam.

In der Ansprache wünschten die Kollegen, daß der Abbau nur als Notmaßnahme angesprochen werde, was zugesagt werden konnte. Darauf wurde der Vorschlag des Vorstandes einstimmig angenommen. Die Unterstützungseinrichtungen unserer Organisation halten bestimmt auch jetzt noch einen Vergleich mit denjenigen in andern Verbänden aus.

Nachdem noch darauf hingewiesen worden war, daß die Filialen Beiträge nach dem durch den Schiedspruch gesenkten Lohn besteuern können, sagte Kollege Bas in seinem Schlußwort nochmals die große Bedeutung dieser Sitzung für die Organisation zusammen. Unter allen Umständen müsse gegen den sich bei einigen Kollegen zeigenden Fatalismus und Pessimismus angekämpft werden. Die Organisation zu stärken, sei das Gebot der Stunde.

Alle gewerkschaftlich organisierten Frauen und Männer gehören auch in den Konsumverein. Darum werdet Mitglied!

Der Vorsitzende des ADBB, Theodor Leipart, 65 Jahre alt

Theodor Leipart wurde am 17. Mai 65 Jahre alt, ein genügender Anlaß, um dieses für die deutsche Arbeiterbewegung außerordentlich verdienstvollen Kämpfers mit einigen Zeilen zu gedenken. Der jetzt 65jährige kann auf eine hoch bedeutsame Wirksamkeit im Dienste seiner Berufsorganisation und der gesamten Gewerkschaften zurückblicken. Seine immer sachliche, überlegene Art, mit der er alle, auch die schwierigsten Probleme zu meistern weiß, hat ihm die Achtung und Anerkennung nicht nur seiner Freunde und Kollegen, sondern auch seiner Gegner eingetragen. In den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft ist er der anerkannte Führer.



Leipart kam schon in jungen Jahren zur Gewerkschaftsbewegung. Als gelernter Drechsler belleidete er mit 20 Jahren eine Reihe wichtiger Funktionen in seiner Berufsorganisation. Sich des Vertrauens seiner Berufskollegen stets würdig zeigend, wurde er Anfang der 90iger Jahre Redakteur, dann Vorsitzender der Drechslerorganisation. Bei der Verschmelzung des Drechslerverbandes mit dem Holzarbeiterverband im Jahre 1893 wurde er zum zweiten Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes gewählt, einen Posten, den er bis zum Jahre 1908 belleidete, wo er zum ersten Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes gewählt wurde. Diese Funktion hatte er bis zum Jahre 1919 inne. Neben der außerordentlich umfangreichen Tätigkeit, die der Vorsitzende einer so großen Gewerkschaft rein geschäftlich zu entfalten hat, war es Theodor Leipart noch möglich, an dem Sitz des Holzarbeiterverbandes in Stuttgart auch der Gesamtbewegung zu dienen. Jahrelang war er Vorsitzender des Gewerkschaftsvereins in Stuttgart und zu gleicher Zeit im Vorstand des Sozialdemokratischen Bezirksvereins. Nach der Umwälzung im Jahre 1919 belleidete Theodor Leipart den Posten eines Arbeitsministers in Württemberg. Im Jahre 1921 wurde er zum Nachfolger Karl Legiens mit der Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes betraut. Daneben ist der nunmehr 65jährige Vorsitzende des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, des Aufsichtsrats der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten und der Volksfürsorge A.-G. Ferner ist er Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes und darüber hinaus in zahlreichen wissenschaftlichen Instituten als Vertreter der Gewerkschaften tätig. Im vergangenen Jahre hat ihm die Technische Hochschule in Berlin den Titel eines Doktor h. c. verliehen.

So sehen wir, daß Theodor Leipart, der sein ganzes Leben der Arbeiterbewegung gewidmet hat, auch heute noch eine unendlich große verantwortungsvolle Arbeit leistet. Möge seine bewährte Kraft den deutschen Gewerkschaften und der gesamten Arbeiterbewegung noch recht lange erhalten bleiben.

Zur Berufsbildung jugendlicher Erwerbsloser

Von all den Körperschaften und Verbänden, die entweder naturgemäß verpflichtet sind, die Interessen der Allgemeinheit zu wahren, oder aber ihre besonderen Interessen nur mit Rücksicht auf das Wohl der Allgemeinheit vertreten wollen, ist schon lange die große und anhaltende Erwerbslosigkeit der Jugendlichen als eine große Gefahr für die Entwicklung dieser Jugendlichen selbst wie für die Zukunft der Wirtschaft erkannt worden. Zwar entsprechen die dagegen getroffenen Maßnahmen nicht ganz der Größe der Erkenntnis, aber es wurde doch schon manches getan, nicht nur von Seiten der Behörden (Regierungen, Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung usw.), sondern auch von den finanziell wahrlich nicht glänzend gestellten und dazu noch viel bedrängten Gewerkschaften. Dagegen fiel allgemein das Versagen der Handwerkskammern und Innungen auf, auch da, wo es sich nicht um Finanzierung handelte, doch hat man das nur konstatiert, es ihnen aber nicht weiter verübelt.

Das scheint aber manchem von ihnen noch nicht zu genügen. Sie fühlen sich bei ihrem engen Interessenstandpunkt und bei ihrer Unschmerzlichkeit um Sorgen der Allgemeinheit wohl und nehmen gar noch „Gelegenheiten“ wahr, um diese, ihre Interessen, und seien es auch nur vermeintliche, wie im folgenden Fall, unpassenderweise durchzusetzen.

So finden wir unter der schönen Ueberschrift: „Einigkeit macht stark!“ unter „Innungsnachrichten“ im „Schlesiischen Malerbund“, Nr. 9, folgendes bezeichnende Dokument:

Das Arbeitsamt Breslau hat seit einiger Zeit für junge Erwerbslose sehr vieler Berufe Kurse eingerichtet, in welchen handwerkliche Erzeugnisse aller Art hergestellt werden. Kürzlich sollten diese Gegenstände in einer Ausstellung der Öffentlichkeit

gezeigt werden, um das Arbeitsamt „populär“ zu machen. Diese Ausstellung sollte im Warenhaus Wertheim mit warenhausmäßiger Reklame aufgezogen werden.

Dieses unbezahlbare „Arbeitsamt populär zu machen“ verdient es, in seiner ganzen Erhabenheit festgenagelt zu werden. Das Handwerk war wieder einmal bedroht, und so war eine entschlossene Aktion fällig. Sie kam auch. „Zwecks Stellungnahme zu diesem Unterfangen des Arbeitsamtes“ lud der Innungsausschuß Breslau, die interessierten Verbände des Handels und Gewerbes zu einer Sitzung ein, weil „Warenhaus-Konkurrenz“ drohe (man halte sich gegenwärtig: es handelt sich um eine Ausstellung von Arbeiten jugendlicher Erwerbsloser!). Es wurde einmütig Protest erhoben. Und das hat „einen vollen Erfolg“ gezeitigt. Das Arbeitsamt sah von der Ausstellung (!) ab.

Der Chronist des „Schlesiischen“ schließt mit folgenden erhebenden Worten:

Das einmütige Zusammengehen der interessierten Handwerkszweige in dieser Angelegenheit hat wieder einmal bewiesen, daß die Stärke in der Einigkeit liegt. Es wäre zu wünschen, daß das Handwerk auch in andern Angelegenheiten die gleiche Einmütigkeit betunden würde.

Mancher Handwerksmeister wird beim Lesen der Notiz im „Schlesiischen Malerbund“ gerufen haben: „Bravoo! da hat der Innungsausschuß wieder mal was geleistet!“ Wir sagen daselbe mit einer Modifikation: ... er hat sich was geleistet. Im übrigen legen wir viel Wert auf den letzten der oben zitierten Sätze. Es scheint uns sogar dringender Anlaß vorzuliegen, daß „das Handwerk“ in wichtigen Fragen Einmütigkeit bekunde; nur haben wir nach der gekennzeichneten Stellungnahme zur Berufsbildung jugendlicher Erwerbsloser seitens des Breslauer Handwerks alle Hoffnung verloren, daß in Breslau wenigstens Dringendes und Wichtiges geleistet werden könne. In Fragen des Wohles des wahren Interesses des Handwerks, das mit dem der Allgemeinheit identisch ist, dürfte die oben geschilderte Einigkeit kaum zu erreichen sein. Die jugendlichen Erwerbslosen aber werden nicht mehr im Zweifel sein, wer ihre Freunde nicht sind.

Schreiben Leiparts an den Reichskanzler

Vom Städtetag, vom Reichsfinanzministerium und von den Unternehmern wird gegen den Versicherungscharakter der Arbeitslosenversicherung Sturm gelaufen. Der Vorsitzende des ADBB, Theodor Leipart, hat es daher für seine Pflicht gehalten, am 9. Mai folgenden Brief an den Reichskanzler zu richten, der die Regierung an ihre gegebenen Versprechungen erinnert. Er lautet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Wie uns bekannt geworden ist, beschäftigt sich das Reichskabinett in diesen Tagen unter anderm mit der Frage der Neuordnung der Arbeitslosenversicherung. Die Entscheidungen, die hier zur Erörterung stehen, sind für die Gewerkschaften von so außerordentlicher Bedeutung, daß ich nicht versäumen möchte, in letzter Stunde unsern Standpunkt zu dieser Frage noch einmal darzulegen.

Es besteht kein Streit darüber, daß eine Zusammenlegung der Kräfensfürsorge mit der Wohlfahrtsfürsorge, soweit ihr die Betreuung der Wohlfahrtsverwerbslosen obliegt, erfolgen muß. Daß wir die Schaffung einer solchen Arbeitslosenfürsorge neben der Arbeitslosenversicherung nicht aus dem untersten Niveau, nämlich dem der Wohlfahrtsfürsorge, durchgeführt wissen wollen, ist der Reichsregierung durch unsere wiederholten Rundgebungen bekannt. Eine mindestens gleiche Bedeutung müssen wir aber unserer immer wieder erhobenen Forderung nach Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung beimessen. Es besteht unseres Erachtens auch heute noch kein sachlicher Grund, die Versicherung zugunsten einer allgemeinen Arbeitslosenfürsorge zu beseitigen, vielmehr besteht nach wie vor die Verpflichtung, dem beträchtlichen Beitragsaufkommen, aus dem heute die Versicherung ausschließlich finanziert wird, auch Rechte gegenüberzustellen, die über den Anspruch eines Fürsorgeempfängers hinausgehen.

Wir würden es darum als ein großes Unrecht ansehen müssen, wenn etwa zugunsten der im übrigen zweifellos gewaltig überschüssigen und übertriebenen Ersparnismöglichkeiten die Reichsregierung auf die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung verzichten wollte.

Ich darf daher die Hoffnung aussprechen, daß die schwerwiegenden Gründe, aus denen heraus wir in der Vergangenheit stets für die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung eingetreten sind, auch bei den jetzigen Beratungen des Reichskabinetts gebührende Beachtung finden.“

Ein Gedanktag

Vor nunmehr 100 Jahren, am 27. Mai 1832, wurde auf dem Schlosse zu Hambach bei Renftadt im Saardtgebirge das Hambacher Fest abgehalten, das als erste Regung des deutschen Bürgertums zu einer freieselbstständigen Entwicklung in Deutschland genannt zu werden verdient. Besonders die seit 1816 zu Bayern gehörenden und von der bayerischen Regierung mit hohen Steuern belasteten Pfälzer, aber auch Badener, Hessen, Württemberger, Frankfurter demonstrierten unter schwarzrotgoldenen Fahnen für Einheit und Freiheit. Auf diesen Ton waren auch die Ansprachen, besonders die von dem bekanntesten Redner, Philipp Becker, abgestimmt, die große Begeisterung und hellen Jubel auslösten. Ein Teil der Demonstrationen, besonders die Jugend, hoffte, daß sich die hier vertretenen Gedanken bald verwirklichen würden. Wenn dies nun auch nicht zutraf, so zitterte die Lösung Einheit und Freiheit doch noch lange in den Herzen derer, die dem Fortschritt hulbigten, nach. Das Hambacher Fest war ein Vorpiel zu den Märztagen 1848, in denen der vierte Stand, das Bürgertum, ernsthaft um seine Gleichberechtigung kämpfte.

Aus d. Verbandsleben

Ingolstadt. Hier werden zur Zeit im Ausbesserungswerk der Deutschen Reichsbahn 3500 Quadratmeter Eisenkonstruktion gestrichen. Die Arbeit ist an acht Meister vergeben worden, die je einen Gehilfen zu stellen haben. Soweit wir informiert sind, ist für die Bezahlung der Tariflohn zugrunde gelegt worden. Da aber jetzt kein Lohnabkommen vorliegt, haben uns die Arbeitgeber einen Stundenlohn von 61 $\frac{1}{2}$ diktiert. Einer der größten Scharfmacher ist Herr Seibold.

Die Arbeit ist haarsträubend schmutzig. Vier Hemden haben wir in einer Woche gebraucht. Unser Anzug ist so schwarz, als wären wir Kaminkehrer. Der § 3 Ziffer 4 und 4a des Reichstarifvertrages ist vollständig außer acht gelassen worden. Kommentar überflüssig.

München. Die Münchner Malermeister wollen wieder eine „große Sat“ vollbringen. Es gilt, die an sich schon niedrigen Entschädigungssätze der Lehrlinge abzubauen.

Wogegen besonders protestiert werden muß, ist die Methode, mit der die Arbeitgeber ihren Willen durchzudrücken suchen und gegen die Eltern der Lehrlinge vorgehen. — So wird oft der Vater oder die Mutter mit dem Lehrling ins Büro der Innung geladen, wo dann die Mitglieder des Arbeitgeberausschusses und der jeweilige Lehrherr anwesend sind. Hier wird ihnen mitgeteilt, daß die Innung beschlossen habe, die „Erziehungsbeihilfen“ herabzusetzen, und dann wird dem gesetzlichen Vertreter des Lehrlings ein Revers zur Unterschrift vorgelegt. Wagt nun ein Vater die bescheidene Anfrage zu stellen, ob denn dieser Weg, die Entschädigungssätze zu senken, der gesetzlich vorgeschriebene sei, so kommt es den Herren auf ein paar Verdrehungen nicht an.

Anwahr ist zum Beispiel, wenn die Arbeitgeber behaupten, der tarifliche Lohn betrage jetzt nur noch 71 $\frac{1}{2}$ pro Stunde, womit sie die Notwendigkeit zur Senkung der Entschädigungssätze für Lehrlinge begründen. Eine Unwahrheit ist es ferner, wenn die Arbeitgeber dem Vertreter des Lehrlings erklären, die Innungsversammlung habe so beschlossen, dagegen könne kein Einspruch erhoben werden. Wenn alles Zureden nichts nützt, wird mit der Drohung nachgeholfen, daß, wenn nicht unterschrieben wird, das Lehrverhältnis eventuell gelöst werde. — Auf diesem Wege kommen die Unterschriften zustande, die dann der Handwerkskammer vorgelegt werden und die das Einverständnis der Eltern auf Abbau der Entschädigungen für die Lehrlinge begründen sollen.

Wir stellen fest: Das Lehrverhältnis kann nicht gelöst werden, wenn das Ansinnen der Arbeitgeber auf Abbau der Entschädigung abgelehnt wird. Die in laufenden Lehrverträgen eingetragenen Lehrlingsentschädigungen haben bis zum Ablauf der Verträge Geltung. Wendet auch bei jedem Streitfall an die Organisation.

Diese Vorgänge beweisen wieder, wie notwendig die restlose Erfassung der Lehrlinge in unseren Jugendabteilungen ist. Deshalb ergeht an alle Kollegen, ob jung oder alt, die dringende Mahnung: Nützt gerade jetzt die vom Vorstand angeordnete Frühjahrserwerbung unter den Lehrlingen. Helft starke Jugendabteilungen schaffen.

Sozialversicherung

Die Sozialversicherung ringt um ihre Existenz.
Im Jahre 1931 waren bei den Trägern der deutschen Sozialversicherung versichert: gegen Anfallsfolgen 23,1, gegen Invalidität und Altersfolgen 22,4, gegen Krankheit 20,6 und gegen Arbeitslosigkeit 14,2 Millionen Personen. Unter Einwirkung der Krise verminderte sich der Betrag der Beitragseinnahmen um 496 Millionen Mark. Die Gesamteinnahmen betrugen 5,6 Milliarden Mark. Im Vergleich zu 1930 blieben die Gesamteinnahmen in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung von 2 bis 25 % zurück. Die Gesamtausgaben der deutschen Sozialversicherung verminderten sich von 6,2 auf 5,6 Milliarden Mark. Der Ausgabenrückgang betrug 20 % bei den Krankenkassen, 3 % bei der Invalidenversicherung, 8 % bei der Knappschaft und überstieg den Betrag des Vorjahres bei der Invalidenversicherung um 3 % und bei der Angestelltenversicherung um 17 %. Doch im Vergleich zu den Verhältnissen in diesem Jahre waren diejenigen des vergangenen Jahres noch glänzend zu nennen. Heute ringt die deutsche Sozialversicherung um ihre Existenz. Hoffentlich hinterläßt diese Wirtschaftskrise nicht ein Krümmersfeld auf dem Gebiete der Sozialversicherung, auf das Deutschland früher mit Recht stolz war.

Gewerkschaftliches

Heinrich Hausmann gestorben.
Der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands und mit diesem die gesamte deutsche Arbeiterbewegung hat mit dem Hinscheiden des Verstorbenen einen schweren Verlust erlitten. Hausmann war Mitbegründer des Bergarbeiter-, jetzt Bergbauindustriearbeiterverbandes und Firmenträger der Verbandsdruckerei. Am 8. Februar 1861 als Sohn eines Bergmannes geboren, trat er bald als tapferer Kämpfer für die Arbeiterrechte hervor und wurde, nachdem der Verband am 18. August 1889 gegründet war, kurz darauf Vertrauensmann. Der Verbandsrat wurde schon 1893 Mitglied der Kontrollkommission des Verbandes, später Bezirksleiter und Geschäftsführer im Verband. Daneben war er kommunalpolitisch und auch parlamentarisch tätig.
Lasst wir senken unsere Fahne an seinem Grabe.

Tarif- und Lohnbewegung der Buchdrucker beendet.
Im Buchdruckergewerbe haben die Tarifverhandlungen, die bereits Mitte März einsetzten, nunmehr zu einer Vereinbarung über den Mantel- und Lohnarif geführt.

Das Ergebnis der Vereinbarung besteht in der Hauptsache in einer einjährigen Verlängerung des bisherigen Manteltarifs (bis zum 30. April 1933) unter teilweiser Abänderung einiger Bestimmungen.

Der Lohnarif wurde mit Wirkung ab 1. Mai unverändert wieder in Kraft gesetzt und bis auf weiteres einer längeren Kündigungsfrist als bisher unterstellt.

Die Kupferschmiede gehen zum Deutschen Metallarbeiterverband.

Wie wir der Presse entnehmen, hat der Verband der Kupferschmiede auf seinem Verbandstag in Magdeburg, der in der ersten Hälfte des Mai abgehalten wurde, den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiterverband beschlossen. Schon in früheren Jahren wurde mehrfach zu dieser Frage Stellung genommen, der Anschluß aber stets mit großer Mehrheit abgelehnt. Wenn die Generalversammlung diesen Schritt jetzt getan hat, so wohl auf Grund der sich auch im Verband der Kupferschmiede sehr nachteilig auswirkenden Wirtschaftskrise, die den rund 6000 Mitglieder zählenden Verband in schwere Bebrängnisse brachte. Damit hat wieder eine kleine Organisation den Anschluß an eine stärkere gesucht, hoffentlich zum Nutzen ihrer Mitglieder.

Vom Ausland

Sechsstudententag und Fünftagewoche in den Vereinigten Staaten.

Sind in Deutschland und in andern europäischen Ländern die Unternehmer in ihrer Allgemeinheit gegen organisierte Arbeitszeitverkürzung zwecks besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten, so wird im Gegensatz dazu in den Vereinigten Staaten die Bewegung zur Einführung der sechsständigen Tagesarbeit oder der Fünftagewoche auch von den Unternehmern gefördert. Die grossen Unternehmerverbände gelangten zur Einsicht, dass angesichts der gewaltigen Zunahme der Produktionsanlagen und ihrer Leistungsfähigkeit die Verteilung der Arbeitsgelegenheiten auf mehrere Personen eine unabwendbare Notwendigkeit ist und dass daher manche Schwierigkeiten, die mit der Arbeitszeitverkürzung verbunden sind und die in Amerika gerade so wie in den europäischen Ländern in Erscheinung treten, in Kauf genommen werden müssen. Nach der Zusammenstellung der Princeton-Universität haben bisher 211 Industriekonzerne mit mehr als 2 Millionen Arbeitern eine organisierte Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt. Es sind vornehmlich die Automobilindustrie, elektrotechnische Industrie, Oelproduktion, Telegraph- und Telephonindustrie, das Baugewerbe, Buchdruckgewerbe und die Nahrungsmittelindustrie, die die Arbeitszeitverkürzung in organisierter Form vorgenommen haben. Der Unternehmerverband für die chemische Industrie, dessen Mitglieder 600 000 Arbeiter beschäftigen, forderte seine Mitglieder auf, den Sechstudententag einzuführen. Die meisten Unternehmungen sind dieser Aufforderung nachgekommen. Da in diesem Produktionszweig viele chemische Prozesse in ununterbrochener Arbeitszeit durchgeführt werden müssen, erfordert die Arbeitszeitverkürzung die Umstellung der Arbeit von drei Schichten mit achtstündiger auf vier Schichten mit sechsständiger Arbeitszeit. Der Leiter einer grossen chemischen Gesellschaft in Michigan, der den Uebergang zur Vier-Schichten-Arbeit bereits im Dezember 1930 durchführte, berichtete von ausserordentlich günstigen Erfahrungen. Unter den Vorteilen der Vier-Schichten-Arbeit, die von ihm angeführt wurden, seien hervorgehoben: erhöhte Tagesproduktion, grösserer Ertrag des angelegten Kapitals, bessere Verteilung der Arbeitskräfte und Senkung der Generalunkosten. Die Vorteile für die Arbeiter sind: Entlastung von einformiger Arbeit, mehr freie Zeit für Erholung, mehr Gelegenheiten für Berufsausbildung, weniger Arbeitszeitvergeudung, bessere Gesundheit, geringere Lebenshaltungskosten dank der Möglichkeit, daß die Arbeiter ihre Mahlzeiten zu Hause einnehmen können, und grössere Beständigkeit der Beschäftigung an einem Ort.

Verständliches

Werber für den Bücherkreis!
Unsere parteigenössische Buchgemeinschaft „Der Bücherkreis G. m. b. H.“, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7, sucht in allen Teilen des Reiches in den Betrieben und größeren Büros Vertrauensleute, Genossinnen und Genossen, die bereit sind, als Werber tätig zu sein, und eventuell eine Zahlstelle oder Unterzahlstelle übernehmen möchten, bitten wir, sich mit den bestehenden Zahlstellen oder mit der Hauptgeschäftsstelle in Berlin in Verbindung zu setzen. Für jedes neu gewonnene Mitglied wird eine Werberprämie von 1 M. ausbezahlt. Für zwei neue Mitglieder wird ein Bücherkreiswert kostenlos (Preis 4,30 M.) abgegeben. Werbematerial steht zur Verfügung.

Helft die Jugendherbergen fördern!
Die Not ist groß. Das bezweifelt niemand. Weniger aber ist es die Not, die wir von außen kommen sehen, als die, die in uns steckt. Es ist durchaus richtig, daß man nicht von heute auf morgen ideale und ethische Werte schaffen kann. Das läßt sich nicht in einer Generation erreichen, hier muß Erziehungsarbeit, hauptsächlich bei der

Jugend, einsetzen, um die Kino- und Rastehauskultur mit allen ihren Auswüchsen auszumerzen.

Auf diesem Weg sind wir schon ein gut Stück vorwärts. Ich erinnere nur an das deutsche Jugendwandern. Die Führer der deutschen Jugend haben nach dem Kriege über 2000 Jugendherbergen geschaffen. Dies sind Pflanzwerte, verzinsen sich aber nicht unmittelbar im materiellen Sinn, sondern sind in allererster Linie Bollwerke gegen Suberkulose und Alkohol, gegen Verschwendungssucht und Vergnügungssucht, gegen Kinofisch (nicht gegen den Film als Bildungsmittel) und Zigarette, gegen Modeflaverei und Verweichlichung bei Jungen und Mädchen. Alkohol und Tabak werden in den Jugendherbergen aufs strengste gemieden. Die Uebernachtungsgebühr beträgt meist 30 $\frac{1}{2}$ für Jugendliche unter 20 Jahren, für Ältere das Doppelte. Durch strenge Ausweisungspflicht ist es möglich, die Jugend zu Ordnung und Sauberkeit zu erziehen. Bei unbotmäßigem Benehmen wird vom Herbergsvater der Ausweis, der nur von den Ortsgruppen ausgestellt wird, entzogen und der Betroffene kann in keiner Jugendherberge mehr übernachten. Sinter dem Herbergswort stehen mit seltener Einmütigkeit sämtliche Parteien von rechts bis links. Es geht jeden an, den Vater für seinen Sohn, den Arbeitgeber für seine schaffenden Kräfte, die Gemeinden für ihren Nachwuchs.

Su seinem eigenen Vorteil sollte jeder Mitglied einer Ortsgruppe des Reichsverbandes für Deutsche Jugendherbergen, Silchenbach in Westfalen, werden und die 3 bis 4 M. nicht scheuen.

Die Herbergszeitung, die dann kostenlos zugestellt wird, kann man nach dem Lesen weitergeben. Man wird auf dem Wege des Wanderns wieder zu einer Naturverbundenheit gelangen.

Vom 22. Mai bis 28. Mai ist die 21. Beitragswoche.
Vom 29. Mai bis 4. Juni ist die 22. Beitragswoche.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Erteilte Patente.
Rl. 421. 551 668. Verfahren und Vorrichtung zur Unterfuchung der Wetterbeständigkeit von Farbenstrichen. Firma Julius Peters, Berlin NW 21, Stromstraße 39.
Rl. 75c. 551 743. Dose für Farben und Lacke. Chemische Fabriken Dr. Joachim Wiernik & Co., A.-G., Berlin-Waidmannslust.

Gebrauchsmuster.
Rl. 48a. 1 217 318. Vergoldungsapparat. Franz Biehler, Rbg in Oberfranken.

Angemeldet Patent.
Rl. 9a. G. 80 816. Borstenplatte für Malerbürsten oder dergleichen, Flachpinsel. Emil Gehring, Dinkelsbühl in Bayern, Bauhoffstraße 41.

Literarisches

Die Matnummer der „Urania“ erschien. Sie ist wie immer vorbildlich. Da der Urania-Verlag in Jena jedem Interessenten Probehefte kostenlos zur Verfügung stellt, sollte sich keiner die Möglichkeit zu einem solchen günstigen Bekanntwerden mit dieser wichtigen natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Bildungsquelle entgehen lassen.
„Gesundheit.“ Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Dem zeitlichen Bedürfnis entsprechend wird eine der häufigsten Sportkrankheiten, der „Muskelkrampf“, seine Entstehung und Verhütung eingehend erörtert. Der Artikel „Spielende Kinder“ weist auf eine in der warmen Zeit zunehmende Gefahr, auf die Straßenspiele beim Spielen hin. Aus dem Gebiete der besonderen Krankheitsbekämpfung enthält die Nummer wertvolle Aufsätze über „Nierensteine“, über „Tuberkulose und Arbeitsfähigkeit“, über „Masern“ und über „Alkoholkrantheiten“. Werfen, die viele Leser überraschen werden, bringt ein Artikel: „Laffen unsere Kinder größer?“ Zu erwähnen ist eine Sammlung von Aussprüchen hervorragender Männer über die Sozialversicherung.
Der neue „Volksfunf.“ Heft 20 der großen Familienzeitschrift für alle Radiohörer, des „Volksfunf.“, ist eine neue Uebersetzung in Ausstattung und Inhalt. Reichhaltige Aufsätze behandeln die interessantesten und spannendsten Themen. Sie kann bei jeder Postanstalt für 96 $\frac{1}{2}$ monatlich einschließlich Zustellgebühr, wie auch bei jeder Buchhandlung bestellt werden. Probehefte forbert an von der nächsten Buchhandlung oder vom Volksfunf.-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Sterbetafel

Berlin. Am 3. Mai starb der Kollege Hermann Köthig, geboren 7. November 1873 in Ober-Dixsdorf.
Effen. Infolge Lungenentzündung starb am 30. April nach kurzer Krankheit unser langjähriges, treues Mitglied Hans Kraus im Alter von 51 Jahren.
Hannover. Unser treuer Kollege Robert Went starb am 12. Mai im Alter von 71 Jahren an Schlaganfall.
Nürnberg. Am 8. Mai 1932 starb unser treuer Kollege Karl Lang, geboren am 21. Mai 1872 zu Nürnberg, an Schlaganfall. — Unser treuer Kollege Ernst Schüller, geboren 22. Mai 1857 zu Ansbach, starb am 12. Mai 1932 an Herzleiden. — Am 15. Mai 1932 starb unser langjähriger Kollege Michael Gütlein, geboren am 3. Januar 1879 zu Bamberg, an Magenkrebs.
Stuttgart. Am 14. April starb unser langjähriges Mitglied Wilhelm Saus an Magenkrebs.
Ehre ihrem Andenken!